Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Bei der Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 153. | Dresden, Mittwoch den 7. Juli 1909. | 20. Jahrg.

Triumphe der Habgier.

Nach dem Grundsatze, daß man auch in Kleinigkeiten sorg- sein soll, hat der schwarzblaue Block am Dienstag in einer häftspause noch rasch einen kleinen Extraprofit in Sicherheit racht, indem er in zweiter Lesung eine Lex Speck annahm, auf eine Verteuerung der Gerste hinausläuft. Die Herr- sten brauchten die Geschäftspause, weil sie sich weder unter noch mit der Regierung bisher über die Ersatzsteuern end- ig einigen konnten. Sie offenbarten dies auch im Laufe der ung durch den Umstand, daß sie eine Absetzung der Beratung neuen Stempelsteuern von der Tagesordnung mit gewohnter sichtslosigkeit erzwangen, weil sie noch neue Anträge dazu bereiten.

In den Handelsverträgen ebenso wie in den ihnen zugrunde enden Zolltarifen ist der Zoll von Braumalzgerste höher an- zt als der Zoll für andere Gerste, namentlich für Futtergerste; umalzgerste ist mit 4 M. pro Doppelzentner, andere Gerste mit 1,80 M. belastet. Diese Bestimmung, deren Zweck eine billigung des besten Viehfuttermittels war, ist aber den Gersten- onzenten von Anbeginn an ein Dorn im Auge gewesen. In Zentrumsabgeordneten Speck fanden sie einen Anhalt ihrer ressen, der keine Gelegenheit vorübergehen ließ, ohne sich für weitere Verteuerung der Gerste ins Zeug zu legen. Das halten der Regierung ist dabei sehr bezeichnend: Als Speck ersten Male auf den Mäusefang ausging, hatte er sehr ig Glück, weil die Regierung erklärte, es liege auch nicht geringste Anlaß vor, von der Differenzierung der Gerste im verkehr abzugehen. Die Regierung stritt die von Speck be- pteie Verwendung großer Massen von eingeführter Futtergerste Brauzwecken an der Hand der Zollstatistik rundweg ab. Aber in r erneuten Verhandlung wich sie etwas mehr zurück. Die lachen hatten sich zwar gar nicht verändert, die Behauptungen Gerstenbauern waren nach wie vor beweislos, aber die nation hatte sich insofern geändert, als die Regierung die Stimmen Zentrums für ihre neuen Steuergesetze einzufangen suchte. Als er im Beginn d. J., noch unter der Blockherrschaft, Speck von em einen Vorstoß machte, kam ihm die Regierung schon auf dem Wege entgegen. Jetzt hat sie ganz kapituliert, allerdings, man das bei ihr nicht anders gewohnt ist, noch mit einem behalt, dessen Preisgabe vor der dritten Lesung ihre vollendete erwerfung unter den Willen der Schwarzblauen deutlich machen d. Hinfort soll die eingeführte Futtergerste, wenn nicht andere cherheit dafür geboten ist, daß sie nicht in der Bierbrauerei wendet wird, an den Eingangsstellen durch Zusatz eines roten bemittels kenntlich gemacht werden. Der Erfolg wird natürlich sein, daß die Gerstenpreise steigen.

Alle Anstrengungen der Linken, diese neue Belastung ab- wehren, blieben, wie vorauszusehen war, erfolglos. Die sozial- mokratische Fraktion ging noch beim Schlußparagraphen einem der Mehrheit höchst unbequemen Antrag vor, wonach der Einführung der Lex Speck zugleich die Aufhebung r Einfuhrscheine verbunden werden soll. Die Einfuhr- eine dienen bekanntlich dazu, wie erst kürzlich im Reichstag riert wurde, den inländischen Vorrat an Brotgetreide zu ver- ndern und so dessen Preis in die Höhe zu treiben. In er Zeit außerordentlicher Teuerung wäre die Aufhebung künstlich geförderten Getreidepreissteigerung durch Abschaffung Einfuhrscheine ein kleines Gegengewicht gegen die Gerste- teuerung gewesen. Aber der kennt unsere Agrarier schlecht, bei ihnen auch nur das geringste Gefühl für die Not des enden Volkes voraussetzt. Sie lassen sich durch keine sachlichen rterungen, durch keinen Schimpf, den man auf sie hernieder- geln läßt, durch keinen Appell an Menschlichkeit rühren. r ihre Reffigier gibt es nur ein Ziel: die Füllung ihres Geld- es. Darum stimmten sie denn auch geschlossen den sozialdemo- tischen Antrag nieder.

Dieser Vorgang wäre an sich in diesem tollen Steuertreiben cht weiter auffällig, wenn nicht die Nationalliberalen d Freisinnigen auch hier wieder die Sozialdemo- ratie im Stich gelassen hätten. Unter dem faden- einigen Vorwand, daß man ja bei anderer Gelegenheit die age der Einfuhrscheine noch erörtern werde — nämlich am t. Nimmerleinstag! — lehnten sie die Zustimmung ab. Diese nungslosen Mitteleuropäer warten auf die von der Regierung nen gütigst in Aussicht gestellte Denkschrift über die Wirkung r Einfuhrscheine. Als ob man nicht heute schon ganz genau ßte, was in jener Denkschrift zu lesen stehen wird. Die rische Regierung, die heute noch mehr von den Brotwucherern hängig ist als je zuvor, wird über Erwägungen und Wünsche cht hinauskommen. Derweilen aber fordert die Not mmer neue Opfer im Volke, die Not, die man urch keine Statistik und durch keine faulen ebensarten bannen kann.

Das Schicksal dieses sozialdemokratischen Antrags zeigt utlich, wo allein die wahren Freunde des Volkes stehen. Die ünstlinge haben zurzeit die Liberalen von dem schwarzblauen lock abgedrängt: Aber — alte Liebe rostet nicht!

Am Dienstag vormittag haben nun die Finanzminister er einzelnen Staaten im Bundesratssaale in iner Konferenz beieinandergesessen. Ueber das rgebnis ihrer Beratungen wurde Stillschweigen gewahrt. Die um Steuergesetze sollen das Volk wie ein tückischer Blitz us heiterm Himmel treffen. Mit nichtswürdiger ebenheit setzen Mehrheitsparteien und Regierungen über e Meinung des Volkes hinweg. Die dumme Masse der Steuerzahler scheint ihnen nicht beachtlich genug, als daß man sich um ihre Wünsche und ihren Willen zu kümmern brauche. Was zwei, drei von den agrarischen Beutelschneidern angeregt haben, das apportieren die Regierungsvertreter, deren Buße für die neudeutsche Verschwendungssucht und den verderblichen Flottentrummel in der völligen Preisgabe ihrer Mannes würde besteht. Nur mit würgendem Ingrimm kann man diesem ekelhaften Schauspiel folgen. Die ganze innere Verlogenheit unserer staatlichen Zustände kommt hier zum Ausdruck. Eine geldgierige Clique von Interessen, die auf Grund einer ungerechten Wahlkreiseinteilung zusammengestoppelt ist und sich den Namen einer Volksvertretung anmaßt, plündert das Volk aus, und die sogenannten Regierungen, in Wirklichkeit Vollzugsorgane dieser Mehrheit, stehen dabei Schmiere.

Das Volk stöhnt unter den Lasten. Aber es wird nicht zu besseren Zuständen kommen, wenn es nicht aus sich selbst heraus politischen Geist entwickelt! Nicht nur die ungeheure Schwere der neuen Belastung, sondern gerade auch die Art, in der ihm diese Belastung aufgezwungen wird, muß das deutsche Volk zur höchsten Empörung treiben! Nur wenn der Zorn des Volkes diese Schacherer und Wucherer hinwegfegen wird, aufräumen wird mit den Junkern und Pfaffen gleichermaßen, können wir in Deutschland zur Begründung eines modernen Staatslebens kommen, können wir die Interessen der arbeitenden Massen über habgierige Ausbeuterherrschaft zum Siege führen!

Das neue Steuerkompromiß.

Die Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg und Sydow haben am Dienstag mit den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags über das neue Steuerkompromiß verhandelt, nachdem die einzelstaatlichen Minister sich vorher über die Kompromißanträge der Parteien schlüssig gemacht hatten. Ueber alle Hauptpunkte ist eine Einigung erzielt, nur über Kleinigkeiten ist man sich noch nicht einig. Der Bundesrat wird sich damit einverstanden erklären, die von ihm vorgeschlagene Steuer auf Feuerversicherungspolicen durch eine Talonsteuer zu ersetzen. Diese Steuer soll etwa zwanzig Millionen bringen. Das Uebereinkommen ist von allen Parteien der neuen Mehrheit unterzeichnet.

Im Artikel I der Reichsstempelnovelle ist neu einzuschalten:

Nr. 8A. Gewinnanteilschein- und Zinsbogen.

a) Gewinnanteilscheinbogen von inländischen Aktien, Aktienanteilscheinen, Reichsbankanteilscheinen, Anteilscheinen von Kolonialgesellschaften: 1 Proz. Steuersatz.

b) Gewinnanteilscheinbogen von ausländischen Aktien und Aktienanteilscheinen, sofern die Bogen im Inland ausgegeben werden: 1 Proz.

c) Zinsbogen (Rentenbogen) von inländischen für den Handelsverkehr bestimmten Renten- und Schuldverschreibungen, sofern sie nicht unter 8Af fallen: 5 pro Mille.

d) Zinsbogen von Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, Kommunen usw.: 5 Proz.

e) Zinsbogen von Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Korporationen, Aktiengesellschaften usw., sofern die Bogen im Inland ausgegeben werden: 5 Proz.

f) Zinsbogen von inländischen, auf den Inhaber lautenden und auf Grund staatlicher Genehmigung ausgegebenen Renten- und Schuldverschreibungen der Kommunalverbände usw.: 2 pro Mille.

Befreit sind: Zinsbogen von Renten- und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten, Gewinnanteilscheinbogen von Aktien der in der Befreiungsvorschrift der Tarifnummer 1 bezeichneten Aktiengesellschaften, Gewinnanteilschein- und Zinsbogen, die bei der ersten Ausgabe der Wertpapiere mit diesen in Verkehr gesetzt werden. Die Befreiung greift nicht Platz, soweit die Bogen für einen längeren als zehnjährigen Zeitraum ausgegeben werden, Gewinnanteilschein- und Zinsbogen, die vor dem Inkrafttreten dieser Vorschriften ausgegeben sind.

Nach den weiteren Bestimmungen der Anträge soll der Stempel für Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte (2 Zehntel bis vier Zehntel und 1 pro Mille), wie ihn die Kommission beschlossen, gestrichen werden, ferner sollen unter die Scheckstemper auch fallen Quittungen über Geldsummen aus Bankguthaben, die die Kommission vom Stempel befreit hatte.

Die Bestimmungen sollen am 1. August 1909, in Ansehung des Scheckstempels mit dem 1. Oktober 1909 in Kraft treten. Auch die von der Finanzkommission sonst beschlossenen Stempelsteuern sollen am 1. August in Kraft treten. Es sind dies Bestimmungen über Aktien, Anteilscheine, Kuxen, Renten- und Schuldverschreibungen. Zu diesem Teil der Vorlage wurde eine Reihe Ermäßigungen beantragt. So sollen verteuert werden: Rentenverschreibungen ausländischer Staaten, Kommunalverbände usw. statt mit 2 mit 1 Proz., Rentenverschreibungen ausländischer Korporationen, Aktiengesellschaften usw. statt mit 3 mit 2 Proz.

Bülows Abschied.

Wie die Nordd. Allg. Ztg. mitteilt, hat Reichskanzler Fürst Bülow die in Berlin aus Anlaß der Besprechungen über die Reichsfinanzreform anwesenden leitenden Minister der Einzelstaaten und die Bevollmächtigten zum Bundesrate zu einem Diner eingeladen. Er hat sich bei dieser Gelegenheit von ihnen verabschiedet.

Bülow wird sich, wie gemeldet wird, sobald die dritte Lesung der Reichsfinanzreform im Reichstage beendet ist, zum letzten Male als Kanzler zum Kaiser begeben. Alsdann wird sein Rücktritt erfolgen.

Die Bibliothek des Reichskanzlers ist, wie die Voss. Ztg. hört, bereits am Montag verpackt worden.

Sydow.

Den demnächstigen Rücktritt des Reichsschatzsekretärs Sydow und seine Ersetzung durch den Staatssekretär Dernburg kündigt eine Korrespondenz an. Will Herr Dernburg seine lieben Kolonien schon wieder verlassen? Tatsache ist, daß er sich an den Verhandlungen mit dem schwarzen Block hinter den Kulissen eifrig beteiligt hat.

Keine Vertagung des Reichstages.

Wie das Sozialdemokratische Pressebureau erfährt, besteht die Absicht, den Reichstag nicht zu vertagen, sondern zu schließen. Maßgebend dafür soll der Wunsch sein, dem neuen Reichskanzler völlig freie Hand zu lassen. Mit dem Schluß des Reichstages würden all die Vorlagen, die teilweise in den Kommissionen bereits durchberaten sind, unter den Tisch fallen und müßten bei Beginn der neuen Session dann neuerdings eingebracht werden. Von anderer Seite wird behauptet, daß der Schnapsblock aus dem Grunde die Schließung des Reichstages wünsche, damit dann die Möglichkeit gegeben wäre, die Vizepräsidenten Paasche und Kaempf von ihren Aemtern zu entfernen. Dem steht allerdings entgegen, daß wohl kaum anzunehmen ist, daß die Konservativen darauf verzichten, den ersten Präsidenten zu stellen, und das Zentrum wird sich kaum damit einverstanden erklären können, wenn ihm als der stärksten Fraktion zugemutet werden solle, sich mit dem ersten Vizepräsidenten zu begnügen.

Die Feinde der Erbschaftssteuer.

Es ist sicher nicht ohne Interesse, an der Hand der Abstimmungsliste sich die Herren etwas näher anzusehen die im Reichstage gegen die Erbanfallsteuer gestimmt haben. Ordnet man sie nach Berufen, so ergibt sich folgendes Bild:

Gutsbesitzer 42, Rittergutsbesitzer 36, Geistliche 22, Richter aller Grade, vom Amtsrichter angefangen bis hinauf zum Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Spahn, 20, Rechtsanwälte 16, Redakteure 12, Beamte 12, Handwerker 8, Rentiers 5, Professoren 3, Lehrer, Verbandssekretäre, Gewerkschaftsbeamte, Kaufleute und Fabrikbesitzer je 2. Ferner je ein General a. D., Arzt, Bibliothekar, Bürgermeister, Mühlenbesitzer und Malermeister (Antisemit Bindewald).

Betrachtet man die Titel der Erbschaftssteuergegner, so findet man dieses Resultat: Ein Herzog, drei Fürsten, neun Grafen, sechs Freiherrn und 30 von ganz gewöhnlichem Adel.

Neue Spitzel-Enthüllungen.

Der Chef der russischen Geheimpolizei als Veranstalter von Attentaten.

Paris, 6. Juli.

Der russische Revolutionär Burzew, der im Januar d. J. den russischen Lockspitzel Azew demaskierte, tritt heute mit einer neuen sensationellen Enthüllung an die Oeffentlichkeit. Seine Anklagen richten sich diesmal gegen den Chef der russischen Geheimpolizei in Paris, Arcadi Michael Harting, der bis vor wenigen Tagen noch gemeinsam mit dem Chef der Pariser Sicherheitspolizei die Vorbereitungen und Maßnahmen für den bevorstehenden Besuch des Zarenpaares in Frankreich getroffen hat. Burzew ging seit drei Jahren dem Vorleben Hartings nach und gelangte zu der überraschenden Entdeckung, daß Harting, der den russischen Generalstrang besitzt und Ritter der Ehrenlegion ist, im Jahre 1890 als russischer Lockspitzel unter dem Namen Landesen ein Bombenattentat gegen Alexander III. in Paris angestiftet hat. Die russischen Revolutionäre, die sich damals mit der Verfertigung der Bomben befaßt hatten, wurden, wahrscheinlich auf Denunziation des Landesen, verhaftet und zu Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren verurteilt. Landesen selbst entzog sich damals seiner Aburteilung durch die Flucht. Er wurde in contumaciam zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Als nun nach der Abberufung Ratschkowskys und seines Nachfolgers Ratajeff von dem Posten als Chef der russischen Geheimpolizei in Paris Harting diesen Posten übertragen erhielt, da lenkte sich der Verdacht Burzews auf Harting, daß dieser identisch sei mit Landesen, der das Attentat auf den Zaren vorbereitet hatte. Der Verdacht Burzews fand bald seine Bestätigung. Es fielen dem Burzew Briefe des Chefs der Pariser russischen Geheimpolizei Harting in die Hand. Diese Briefe enthielten gewisse Angaben über das seinerzeit im Jahre 1890 in Paris gegen Alexander III. angestiftete Bombenattentat. Burzew, der noch Briefe Landesens besaß, verglich beide Handschriften miteinander und gelangte zur Feststellung der zweifelsfreien Identität der beiden

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090707/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG